

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

AfD

Betreff

Die LHS beendet die "Partnerschaft" mit der politischen Organisation "Seebrücke"

Wir beantragen:

Die LHS beendet die Mitgliedschaft im "Bündnis Städte Sicherer Häfen / Seebrücke".

Als Unterstützer der Organisation "Seebrücke" hat die Stadt Stuttgart erklärt, Aufnahmeplätze für Migranten zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbieten zu wollen und sich darüber hinaus für "sichere Fluchtwege" und "das Ende der EU-Abschottungspolitik" einzusetzen.

Wer so etwas fordert, muss bedenken, dass dies eine enorme Sogwirkung auf Millionen von Menschen hat. Es wollen weitaus mehr nach Europa, als der Kontinent aufzunehmen in der Lage ist. Im Ergebnis fördert der Verein "Seebrücke" mit seinen Aktivitäten (keineswegs nur auf dem Mittelmeer) damit die Schleuserkriminalität und deren Folgen. Außerdem ermuntert die Organisation im Ergebnis zur illegalen Einreise von Personen nach Deutschland, welche durch verschiedene, unterstützte und beworbene NGOs dann auch umgesetzt wird.

Die politische Ehrlichkeit gebietet es, bei Menschen, die nach Deutschland einwandern wollen, keine falschen Hoffnungen zu wecken, sondern sie klar auf die begrenzten Möglichkeiten unseres Landes und die bestehenden Regeln und Pflichten hinzuweisen. Aber unter dem Vorwand der Schutzhilfeleistung soll sich die Kommune dagegen dazu verpflichten, "kommunales Ankommen und Bleiben" für die hergeschafften Personen zu gewährleisten.

Wir fordern, dass Organisationen nicht unterstützt werden, die gefährliche Illusionen verbreiten und eine für die LHS Stuttgart schädliche Agenda verfolgen, wie die politische Bewegung "Seebrücke". Darüber hinaus betonen wir nochmals, dass die aktuelle finanzielle Lage ohnehin nicht zulässt, dass die Stadt derartige Projekte unterstützt.

gez. Dr. Michael Mayer, Thomas Rosspacher, Steffen Degler, Dr. Siegfried Facht,
Niels Foitzik

Anlage/n

Keine

